

sie nicht rechtzeitig die Gefahr erkennt und auf Grund dieser Erkenntnis in geeigneter Weise zur Abwehr rüstet.

Der Streit zwischen den Konventionsfabrikanten und den Grossisten kann durch die auf beiden Seiten geplanten Maßnahmen zu einem derart schweren Konkurrenzkampf zwischen den Konventionsmitgliedern und den Außenseitern führen, daß bald eine Preisunterbietung der anderen folgt. Das würde dem Zweck der Konvention, die Preise in die Höhe zu treiben, nur scheinbar widersprechen. Denn wenn sie durch grenzenlose Preisdrückerei schließlich einen Außenseiter nach dem andern lahmgelegt oder zum Anschluß an die Konvention gezwungen hat, dann sichert sie sich immer mehr die Beherrschung des Absatzmarktes und damit die Möglichkeit, die Preise nach Gutdünken festzusetzen. Sie kann sich also für die Schädigungen durch ihre Schleuderpreise, die allerdings zunächst dem Publikum zu Gute kamen, nach Erreichung ihres Ziels in ausreichender Weise durch das Hochschrauben der Preise an den Konsumenten wieder schadlos halten!

Vor allen Dingen werden die Unternehmer aber versuchen, sich selbst schon während eines derartigen Konkurrenzkampfes so wenig als möglich in Mitleidenschaft zu ziehen und die Folgen der Preisunterbietungen durch Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse wieder auszugleichen. Darüber muß sich die Arbeiterschaft des Gewerbes klar sein und dagegen muß sie sich mit allen Kräften schützen. Jeder Versuch, die Arbeiterschaft zu Leidtragenden in dem drohenden wütenden Konkurrenzkampf zwischen Konvention und Außenseitern zu machen, muß dem Unternehmertum verleidet werden durch die Einigkeit und Geschlossenheit, mit der die Arbeiterschaft jeden Druck auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse pariert.

So wenig wir also für eine Unterstützung der Schröpfung der Konsumenten durch die Chromokartenkonvention, die im Gegensatz zur Preiskonvention im Chemigraphiegewerbe eher oder später die breiten Massen treffen muß, zu haben sind, so wenig werden wir es un gefallen lassen, daß man die Folgen der Schmutzkonkurrenz und Preisunterbietung, die man zur Erreichung des Hauptzwecks der Konvention, also der Höherpreisbildung, zu nächst in die Wege leiten wird, auf die Arbeiterschaft des Gewerbes abwälzt. Unsere Organisation wird nach wie vor überall dort, wo rückständige Lohn- und Arbeitsbedingungen bestehen, zu geeigneter Zeit dagegen einschreiten und für eine Besserung der Verhältnisse wirken, ohne Rücksicht darauf, daß der Schutzverband derartige infolge ihrer rückständigen Verhältnisse Preisunterbietung und Schmutzkonkurrenz treibende Firmen bei einem Angriff in der Regel sofort unter seine schützenden Fittiche nimmt. Grade durch diese Wirksamkeit unserer Organisation zur Herbeiführung besserer und gleichmäßiger Verhältnisse schützt die Arbeiterschaft das Gewerbe viel gründlicher gegen Schmarotzer und gräbt sie der Schmutzkonkurrenz viel nachhaltiger das Wasser ab, wie es dem Unternehmertum mit den schönsten Preiskonventionen möglich ist.

Rundschau.

Der lohnrückende Schutzverband. Unter dieser Überschrift hingen wir in No. 38 ein Zirkular des Schutzverbandes der Vertreters Hyll in Barmen nieder, das für die lohnrückenden Tendenzen des Schutzverbandes einwandfreies Zeugnis ablegt. Diese Veröffentlichung ist dem Schutzverbande arg auf die Nerven gefallen und sein Doktor muß in No. 20 des Schutzverbandsblattes den vergeblichen Versuch machen, diese Tendenzen zu bemänteln. Es verlohnt sich nicht, auf das Verlegenheitsgemahlte näher einzugehen. Nur den Schlußsatz wollen wir zu Nutz und Frommen der Kollegen hier wiedergeben. Er enthält die Parole: »Entweder muß bei der Verwaltungsstelle des Lohnkassiers oder bei dem letzten Arbeitgeber Erkundigung eingezogen werden. Nur so wird es möglich sein, die Taktik, durch falsche Angaben über die Höhe früherer Lohnbezüge die Löhne allgemein in die Höhe zu treiben, zu durchkreuzen.« Das bedeutet also nichts anderes, als daß einem stellungswechselnden Gehilfen in der neuen Stelle möglichst nicht mehr als

in der früheren gezahlt werden soll! Den Ablehnungsversuchen folgte also zum Schluß die glatte Bestätigung unserer Behauptung. Für unsere Kollegen muß gegenüber diesen Bestrebungen die Parole lauten: **Beachtet streng unser Auskunfts-system!**

Der Streikbrecheragent Friedr. Hintze, der bei dem Streik in der Berliner Kohlenfirma Kupfer & Co. und bei den Straßenschlächten, die jetzt den Scharfmachern Veranlassung zu wütenden Treibereien gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter gaben, sein schmutziges Gewerbe betrieb, hat sich seinerzeit gegenüber einem Mitarbeiter der Berliner Morgenpost über seine staatsverhaltende Tätigkeit ausgesprochen in einer Weise, die den Helden im hellsten Lichte zeigt. Dabei äußerte er auch: »Meine Leute können alle. Heute arbeiten sie als Schlosser, morgen als Litojafren und lebermorjen laden sie wie hier Kohlen.« Wir empfehlen dem Schutzverband, sich diese vielseitige Kraft auf jeden Fall zu sichern, sobald der Held, der vom Leipziger Schöffengericht wegen eines gegen ihn schwebenden Verfahrens gesucht wird, gefunden ist. Das kann allerdings bei der weltberühmten Findigkeit unserer Polizei noch ein Weilchen dauern.

Ein Streik der Straßenbahner in Bremen ist Mitte Oktober ausgebrochen. Der ganze Betrieb ruhte vollständig. Inzwischen wurden Streikbrecherkolonnen zu gewinnen versucht, wodurch es zu Straßensammungen in der Nähe des Depots, wo die Angeworbenen einquartiert wurden, kam. Weil mit Steinen geworfen worden sein soll, erhielt die Polizei Befehl, mit blanker Waffe im Sturm die Straßen zu säubern. In wilder Flucht stürmte die Menge auseinander. Die Schutzleute machten hierbei von der Waffe ausgiebigen Gebrauch. Auch viele Vorübergehende wurden in Mitleidenschaft gezogen. Viele Personen flüchteten in die naheliegenden Häuser, wurden aber von den Beamten mit der Waffe herausgetrieben. Unausgesetzt hieben die Beamten mit der Waffe ein. Zahlreiche Personen wurden verletzt. Anscheinend wollten die Bremer Schutzleute die Heldentaten der Berliner Polizei in Moabit noch übertrumpfen. Der Streik dauert unverändert fort. Einigungsversuche blieben wegen des ablehnenden Verhaltens der Direktion bis jetzt ergebnislos.

Anfragekarten nach dem Auslande müssen genügend frankiert werden. Der Sekretär unseres schweizerischen Bruderverbandes teilt uns mit, daß fast die Hälfte aller aus Deutschland kommenden Anfragekarten nur mit 5 Pf. statt 10 Pf. frankiert sind, so daß ständig Strafporto gezahlt werden muß. Wir ersuchen daher die Kollegen zu beachten, daß nur für Karten, die nach Oesterreich-Ungarn gehen, die Frankierung mit einer 5 Pf.-Marke genügt, während das Kartenporto nach der Schweiz und allen anderen Ländern 10 Pf. kostet.

Englische Lithographiesteine. Wie die »Zeitschrift« vor einiger Zeit mitteilte, hat im britischen Lithographiegewerbe die Entdeckung von Lithographiestein in der Grafschaft Somerset viel Aufsehen erregt. Der einzige Einwand, der bis jetzt gegen den englischen Stein erhoben worden ist, scheint der zu sein, daß seine Oberfläche dunkel ist, und dies ist natürlich auch für die meisten Arbeiten ein bedeutungsvoller Einwand. Der Preis des britischen Steines beträgt etwa nur die Hälfte des importierten und sein Gewicht ist etwas geringer; seine Färbung ist von grauem oder bläulichem Ton.

Aus dem Auslande.

Frankreich. Der Eisenbahnerstreik wurde von der provisorischen Organisationsleitung, nachdem die rechtmäßigen Verbandsleitungen von der Regierung der Republik verhaftet, die Streikenden in den Militärrock gesteckt und das Streikrecht für diese damit aufgehoben wurde, offiziell als beendet erklärt, um die Organisationen der Eisenbahngestellten zu retten.

Generalversammlungen und Kongresse.

Verbandsvorstände. Eine Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände fand am 10. und 11. Oktober in Berlin statt. Sie nahm an erster Stelle den Bericht über die Verwendung der anlässlich des Kampfes der baugewerblichen Arbeiter gesammelten Gelder entgegen. Der Einladung, die Gewerkschaften möchten sich an der im Jahre 1911 in Dresden stattfindenden Internationalen Hygieneausstellung beteiligen, stimmte die Konferenz zu. Mit dieser Ausstellung soll eine Heimarbeitersausstellung verbunden werden. Auch hierzu wurde die Anteilnahme beschlossen. Zur Vorbereitung aller notwendigen Schritte wird ein Organisationskomitee aus 11 Vertretern der Berufsgruppen und 2 Vertretern der Generalkommission eingesetzt. Dasselbe hat auch in Gemeinschaft mit der Generalkommission die Kostenfrage zu regeln. Auf Antrag mehrerer Vorstände wurde in eine erneute Beratung des auf der Vorstandskonferenz vom 22.—23. März 1909 gefaßten Beschlusses betreffend die Unterstützung doppelt organisierter Mitglieder eingetreten. Die sehr ausgedehnten Erörterungen zeitigten ein anderes Ergebnis nicht, denn alle gestellten Änderungsanträge wurden abgelehnt. Ein Antrag des Verbandes freier Gast- und Schankwirte Deutschlands auf Abschluß eines Gegenseitigkeitsvertrages, der die Anerkennung der erworbenen Rechte bei Uebertritt aus einer Gewerkschaft in diesen Verband und bei Rücktritt aus dem Verbands in die Gewerkschaften bezwecke, fand keine Zustimmung.

Internationaler Handschuhmacherkongreß. In der zweiten Septemberwoche tagte ein internationaler Kongreß der Handschuhmacher. Dem Sekretariat sind 10 Landesorganisationen mit 7026 Mitgliedern angeschlossen. Beschlussen wurde, daß das Sekretariat halbjährliche Berichte über den Stand der Organisationen herausgeben, Statistiken vornehmen und Material über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse und die Tarifverträge sammeln soll. Zur Bestreitung der Unkosten des Sekretariats soll jede Organisation einen Halbjahresbeitrag von 10 Pf. pro Mitglied leisten. Die schwache französische Organisation soll möglichst gefördert werden. Zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse soll allgemein eine Erhöhung der Schnitt- und Nahtpreise, eine Regelung des Lehrlingswesens und der Heimarbeit angestrebt werden. In bezug auf letztere wurde von der Gesetzgebung die Garantie gesundheitlicher Einrichtungen zum Schutze der Arbeiter, die Garantie eines Mindestlohnes und das Verbot der Hausarbeit nach Geschäftsverträge gefordert. Ferner sprach sich der Kongreß prinzipiell für den Abschluß von Tarifverträgen aus. Die Schaffung eines internationalen Streikfonds wurde vorläufig abgelehnt.

Internationaler Buchbinderkongreß. Im Anschluß an den deutschen Buchbinderverbandstag wurde in Erfurt die zweite internationale Konferenz der Vertreter der Buchbinderverbände abgehalten. Dem Sekretariat sind die Organisationen aus 9 Ländern mit 37870 Mitgliedern angeschlossen. Durch seine Vermittlung sind dem schwedischen Verband bei der Aussperrung 1908 17263 Mk. an Unterstützungen zugeflossen. Zur Deckung der Unkosten des Sekretariats zahlt jede Landesorganisation seit Anfang 1910 für je 100 vollzählende Mitglieder 5 Mk. pro Jahr. Die Legitimationskarten für reisende Mitglieder sollen mehrsprachig herausgegeben werden. Die Konferenz nahm Stellung zur Frauenfrage im Buchbindergewerbe und forderte, daß die Frauenarbeit auf bestimmte Arbeiten zu beschränken sei, »weil viele Arbeiten dem weiblichen Organismus schädlich sind und die billigen weiblichen Arbeitskräfte einen Anreiz für die Schmutzkonkurrenz unter den Unternehmern bilden, die Männerarbeit zu verdrängen und tarifliche Vereinbarungen illusorisch zu machen.« Ueber den Umfang der Frauenarbeit soll der Sekretär Erhebungen vornehmen. Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen soll in der Regel erst gewährt werden, wenn der in Frage kommende Verband die Kosten des Kampfes für die ersten vier Wochen selbst aufgebracht hat.

Internationaler Diamantarbeiterkongreß. Der Weltbund der Diamantarbeiter hielt seinen dritten Kongreß in Amsterdam ab. In dem Weltbund sind die Diamantarbeiter aus sieben Ländern vertreten. Der Jahresbeitrag beträgt pro Mitglied 2 Fr. Im letzten Geschäftsjahre wurden Beiträge für 15121 Mitglieder an den Bund entrichtet. Der Kongreß beschloß, daß der Achtstundentag und die Ferienwoche allgemein international ab 1. Oktober 1911 einzuführen sei. Ferner wurden Beschlüsse zur Regelung des Zwischenmeistersystems und der Lehrlingsfrage gefaßt. Der Kongreß stellte einen Beamten an, der für die Ausbreitung und Festigung der Organisation, besonders in den einzelnen Zentren der Schweiz, wirken soll.

Frankreich. Der 17. französische Gewerkschaftskongreß tagte in der ersten Oktoberwoche in Toulouse. Vertreten waren 1117 Syndikate, 91 Arbeitssöbren und 45 Verbandsvorstände. Einer Einladung der deutschen Generalkommission zur Entsendung einer Delegation zum Studium der deutschen Gewerkschaftsorganisationen und Arbeitsverhältnisse soll entsprochen werden. Zu erregten Debatten kam es über die prinzipielle Stellung der Konföderation. Niel, der auf dem vorigen Kongreß mit einer Stimme Mehrheit gegen den syndikalistischen Kandidaten zum Sekretär der Konföderation gewählt worden war, aber bald darauf wegen der unhaltbar gewordenen Situation demissionierte, gab in einer großen Rede die Ereignisse wieder, die seine Wahl veranlaßt haben und zu seiner Demission führten. Der Kongreß von Marseille habe eine antimilitaristische und antipatriotische Resolution beschlossen, gegen die er gestimmt habe. Er habe dagegen gestimmt, weil das nicht zur Kompetenz der Gewerkschaften gehöre. Soweit es sich um das Eingreifen von Militär bei Streiks handle, hätten die Gewerkschaften das Recht und die Pflicht, zu protestieren, aber nicht mehr. Als er zum Sekretär gewählt wurde, habe er die Hoffnung gehabt, nachdem er die organisatorische Einheit der Gewerkschaften habe herstellen helfen, auch ihre taktische Einheit herzustellen. Heute verzweifle er daran. Entweder die Gewerkschaften beschränken sich auf die Verteidigung ihrer wirtschaftlichen Interessen oder sie werden immer mehr politisch; dann müsse das jedoch offen gesagt werden, dann werde die Erfahrung zeigen, wohin man damit komme. Trotz dieser scharfen Auseinandersetzungen wurde jedoch der Geschäftsbericht mit 1096 gegen 97 Stimmen bei 118 Enthaltungen angenommen. Eine weitere wichtige Frage bildete dann das Projekt der Industrieverbände. Es wurde eine Resolution angenommen, in der eine Grenzregulierung der Föderationen und eine Verschmelzung der bestehenden Berufsverbände zu Industrieföderationen gefordert wird. Das Altersversicherungsgesetz wurde entsprechend dem syndikalistischen Oberwasser durch den Kongreß verworfen und eine entschiedene Agitation gegen seine Einführung ge-

fordert. Zum Schlusse wurde noch zu einem von der Regierung vorbereiteten Gesetzentwurf über den kollektiven Arbeitsvertrag, das obligatorische Schiedsgerichtsverfahren bei Lohnstreitigkeiten und die Handelsfähigkeit oder Rechtsfähigkeit der Gewerkschaften Stellung genommen. Alle Anträge dazu wurden einer Kommission überwiesen, die sich für den Abschluß kollektiver Arbeitsverträge ausspricht, dagegen ein obligatorisches Schiedsgericht verwarf, weil es unvereinbar mit der Unabhängigkeit und Autorität der Gewerkschaften wäre, und aus den gleichen Gründen auch die Handelsfähigkeit der Gewerkschaften ablehnte. Drei dementsprechende Resolutionen wurden nahezu einstimmig angenommen. Der nächste Kongreß soll in Havre stattfinden.

Oesterreich. Der 6. österreichische Gewerkschaftskongreß tagte vom 17. bis 22. Oktober in Wien. 430 Delegierte waren anwesend, die weit über 400.000 Arbeiter deutscher, tschechischer, polnischer, italienischer, slawonischer, ruthenischer und rumänischer Nationalität vertraten. 14.000 tschechische Arbeiter gehören den Zentralverbänden nicht an, sondern sind den separatistischen Organisationen angeschlossen, die eine eigene Zentrale mit dem Sitz in Prag eingerichtet haben. Gerade jetzt ist ein nochmaliger Einigungsversuch im Gange, der von der Gesamtleitung der österreichischen Sozialdemokratie aller Nationen angeregt worden ist. Seine Aussichten sind aber recht unsicher. Hierbei wird sich erst zeigen, ob der einmütige Beschluß des Kopenhagener internationalen Kongresses für die Einheit der Arbeiterbewegung ganz ohne Eindruck auf die tschechischen Sozialdemokraten bleiben wird. Unter diesen Umständen stand im Mittelpunkt des Interesses das Referat des Sekretärs der Reichsgewerkschaftskommission, Genossen Hueber, über »Der Kampf um die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsorganisation.« Nach einem großzügigen Referat und einer überaus lebhaften Diskussion, die mehrere Tage dauerte, beschloß der Kongreß einstimmig eine Resolution, durch die der Beschluß des Kopenhagener Kongresses, der die einheitliche gewerkschaftliche Organisation aller Staaten richtunggebend gemacht habe, begrüßt wird. An den grundsätzlichen Bedingungen der einheitlichen Gewerkschaftsorganisation und an der einheitlichen Führung der gewerkschaftlichen Kämpfe aller Art sowie der einheitlichen Verwaltung der finanziellen Mittel für diese Kämpfe soll unbedingt festgehalten und hiervon nicht abgewichen werden. Die Reichskommission wurde beauftragt, an den Einigungsverhandlungen teilzunehmen und unter Wahrung der vom Kongreß aufgestellten Grundsätze alles zu versuchen, um sie zu einem guten Ende zu führen. Gegenüber der Verschleppungstaktik der tschechischen Separatisten wurde gefordert, daß mit den Verhandlungen unbedingt November begonnen werden müsse. Die Resolution schließt: »Sollten diese Verhandlungen dann zu einer der Gewerkschaften befriedigenden Lösung nicht führen, so würde den Zentralverbänden der Kampf um ihre Einheit aufzugesunden werden. So schmerzlich dieser Kampf sein würde, so müßte er leider in Oesterreich durchgeführt werden. Der Kongreß richtet daher an alle Arbeiter aller Nationen den Appell, an der Zentralisation der Organisation festzuhalten, die allein den siegreichen Kampf gegen das übermächtige Kapital in Gegenwart und Zukunft dem Proletariat in Oesterreich verbürgt. Es lebe die internationale Organisation des klassenbewußten Proletariats in Oesterreich! Möchte dieser Beschluß seine Wirkung auf die tschechischen Gewerkschaftszersplitterer nicht verfehlen und den Weg zur Einheit der österreichischen Gewerkschaften bahnen helfen. Der Kongreß nahm ferner Stellung gegen die Teuerung, zum neuen Pragensetzentwurf, zur Sozialpolitik im österreichischen Parlament und zu einer Reihe sozialpolitischer Vorlagen. Zur Taktik bei Lohnkämpfen beschloß der Kongreß folgende Leitsätze: »Es ist eine der wichtigsten Vorbedingungen des Erfolges bei Streiks und Lohnbewegungen, die nur nach gewissenhafter Prüfung der Konjunkturverhältnisse, der finanziellen Leistungsfähigkeit der Unternehmungen und aller sonstigen Grundbedingungen und erst nach Erschöpfung aller organisatorischen Mittel inszeniert werden dürfen, in erhöhtem Maße als bisher für genügende ausreichende finanziell-kraftige Widerstandsfonds in jeder einzelnen gewerkschaftlichen Organisation durch obligatorische Leistungen zu sorgen. Von großer Wichtigkeit ist die einheitliche Führung der Streiks und Lohnbewegungen. Die an Streiks oder Lohnbewegungen beteiligten Arbeiter haben die Leitungen ihrer Organisationen zu befragen, da die einheitliche Führung der Streiks und Lohnbewegungen eine der wichtigsten Voraussetzungen des Erfolges ist. In Betrieben und Industrien mit mehreren Arbeiterorganisationen dürfen Streiks und Lohnkämpfe, entsprechend dem vom 5. Gewerkschaftskongreß gefaßten Beschluß über die Betriebsorganisationen, nur im gegenseitigen Einvernehmen aller in Betracht kommenden Organisationen, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, beraten und beschlossen werden.«

Genossenschaftl. Monatsschau.

Berlin, den 22. Oktober 1910.

Die Konsumvereine als Helfer in wirtschaftlicher Not: Murton; Hagen. Bedeutung der Genossenschaften für die Gewerkschaften. Rabattsparvereine als Feinde der Gewerkschaften.

Die Konsumgenossenschaften haben sich schon oft, besonders in Zeiten außerordentlicher Not, ihren Mitgliedern als festen Stützpunkt erwiesen. Namentlich in den gewaltigen, ungeheuren Opfer erheischenden Wirtschaftskämpfen der Gegenwart bildet der gut fundierte, in sozialem Geiste ausgebaute und geleitete Konsumverein für die Arbeiter eine Quelle moralischer Kraft und materieller Fürsorge. Wir wollen aus der Fülle der bekanntgewordenen Beispiele heute nur über zwei der letzten berichten, die bei richtiger Würdigung allen Gewerkschaftlern den hohen Wert der genossenschaftlichen Organisation zeigen müssen.

Unterm 10. September bringen die »Cooperative News« einen Bericht über die letzte Halbjahresversammlung des inmitten eines Kohlengrubenbezirks liegenden Konsumvereins Murton, der nicht nur auf die geschäftliche Einwirkung großer Streiks auf die Konsumvereine, deren Mitgliederzahl zum überwiegenden Teile aus Arbeitern besteht, Schlaglichter wirft, sondern auch erkennen läßt, bis zu welchem Umfange einzelne Konsumgenossenschaften helfend eingreifen. Infolge eines Streiks standen die Kohlengruben während der ersten drei Monate des abgelaufenen Geschäftshalbjahres still, was bewirkte, daß der Umsatz des Konsumvereins um 226.500 Mk. gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres zurückging. Wirken doch gerade in den hochentwickelten Konsumvereinen mit ihren hohen Durchschnittsumsätzen pro Mitglied langwierige Arbeitskämpfe mit ihrer Verminderung der Kaufkraft auf die geschäftliche Entwicklung der Genossenschaften ungemein störend ein. Der Durchschnittsumsatz pro Mitglied sank um 220 Mk. auf 399 Mk. Daneben gingen Abhebungen vom Anteilkapital in Höhe von 178.260 Mk., und schließlich, um den von dieser außerordentlichen Not betroffenen Mitgliedern die Rückvergütung in bisheriger Höhe von 10% gewähren zu können, wurden sogar noch 5500 Mk. dem Reservefonds entnommen. Trotz all dieser das geschäftliche Ergebnis der Genossenschaft ungünstig beeinflussenden Einwirkungen hat diese während der Streikzeit an 1200 erwachsene Personen und 830 Kinder außer Sonntags täglich Brot und Suppen unentgeltlich verabfolgt. Einige Nachbarkonsumvereine stellten 1200 Mk. und die Großeinkaufsgesellschaft 2000 Mk. zur Verfügung des Murtoner Konsumvereins, der insgesamt 13.440 Mk. für außerordentliche Unterstützung während der Streikzeit auszahlte. Bemerkenswert ist, daß in dieser Periode, der schlimmsten seit Bestehen der Genossenschaft, trotz des durch die Verminderung der Kaufkraft bedingten Umsatzrückganges die Zahl der Mitglieder um 177 auf 1504 stieg und daß auch die Zahl der Käufe sich vermehrte, und zwar laut Ausweis der Kassenzettel mehr wie in jedem früheren Zeitraume. Gerade die letzteren Erscheinungen lassen deutlich erkennen, daß der Konsumverein als Helfer in der Not mehr als sonst gewürdigt wird.

Ein weiteres Beispiel finden wir in dem uns soeben zugegangenen Geschäftsbericht des Allgemeinen Konsumvereins für Hagen in Westfalen und Umgegend über sein neuntes Geschäftsjahr. Diese Genossenschaft hatte neben der Bauarbeitersperrung noch besonders unter der im letzten Quartal des Geschäftsjahres erfolgten Aussperrung durch die Metallindustriellen, wodurch allein im Hagener Bezirk 10.000 Arbeiter beschäftigungslos wurden, zu leiden. Bei einer Ende Juni vom Konsumverein veranstalteten Umfrage wurde festgestellt, daß von seinen Mitgliedern 600, das ist fast der fünfte Teil, von der Aussperrung betroffen waren. Zum Glück ist der Gesamtumsatz nicht zurückgegangen; vielmehr erhöhte er sich um 178.164 Mk. auf 840.686 Mk. Ebenso stieg die Zahl der Mitglieder von 2648 auf 3568. Nur der Durchschnittsumsatz pro Mitglied sank um 2 Mk. auf 211 Mk. Dagegen überstiegen die Spareinlagen die Rückzahlungen um 19.345 Mk., so daß die Sparkasse einen Bestand von 53.473 Mk. aufweist. Obgleich der Hagener Konsumgenossenschaft die Einrichtung eines persönlichen Notfonds nach dem Muster der Hamburger »Produktion« zurzeit noch mangelt, hat sie in der Zeit der Aussperrung das Möglichste versucht, den davon betroffenen Mitgliedern zu helfen. Wöchentlich wurde ein Bon an die Ausgesperrten ausgegeben, wofür in den Warenabgabestellen Brot gratis geliefert wurde. Die dafür aufgewandte Summe belief sich auf 2000 Mk. Des weiteren wurde den Ausgesperrten der erst im Herbst fällige Rabatt ausnahmsweise zur Verfügung gestellt. 6000 Mk. sind sofort abgehoben worden, so daß im Ganzen zirka 8000 Mk. vom Konsumverein an die Ausgesperrten ausgezahlt worden sind.

Diese beiden Beispiele, die durchaus nicht vereinzelt dastehen, liefern einen schlagenden Beweis für die Bedeutung, die die Genossenschaftsbewegung auch für die Gewerkschaftsbewegung hat. Diese Bedeutung offenbart sich aber fernerhin in der Richtung, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der genossenschaftlichen Eigenproduktion in der Regel mustergiltig sind und daß auch die Privatbetriebe ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse dem durch die Genossenschaften gegebenen Beispiel an-

passen müssen. Das kann man besonders in den Städten beobachten, in denen die Genossenschaften zur Einrichtung eigener Bäckereien usw. übergegangen sind. Diese lohnregulierende Wirksamkeit der Konsumgenossenschaften ist natürlich den Kräutern ein Gruel. Ihre grimmige Feindschaft gegen die genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen kommt besonders in ihren Rabattsparvereinen, den Kampforganisationen der Kräuter gegen die Arbeiter, zum Ausdruck, wie folgendes Beispiel beweist:

Die »Konsumgenossenschaftliche Rundschau« konnte in ihrer Nr. 27 vom 2. Juli 1910 feststellen, daß der Rabattsparverein Stettin Bäckermeister, die ihm als Mitglied angehört, mit einer Geldstrafe von 100 Mk. belegte und ihnen die Ausstoßung aus dem Rabattsparverein androhte, weil sie die Forderungen der Bäcker im gewerkschaftlichen Kampfe anerkannt hatten. Diese Tatsache, die vielfach in der Arbeiterpresse besprochen wurde, war natürlich nicht geeignet, dem Rabattsparvereinswesen in Arbeiterkreisen Sympathien zu gewinnen. Die Leitung der Rabattsparvereine scheint das auch eingesehen zu haben und bemüht sich daher, die Angelegenheit in einem anderen Lichte darzustellen. Sie verfährt dabei jedoch weder geschickt noch aufrichtig. In der Septembernummer der Deutschen Rabattsparvereinszeitung wird nämlich ausgeführt, die Stettiner Bäckermeister wären »aufgehört von der Parteileitung«, in einen Streik eingetreten. Sie hätten »unerfüllbare Forderungen« gestellt und verlangt, außer dem Hause wohnen zu dürfen, weil dadurch die Bestrebungen der Sozialdemokratie gefördert würden; der Rabattsparverein habe nun seinen Mitgliedern verboten, Plakate auszuhängen, auf denen mitgeteilt war, daß in den betreffenden Geschäften nur Brot aus Bäckereien geführt würde, welche die Forderungen der Gesellen bewilligt hatten. Das Mittel habe schon einmal bewirkt, daß die Bäckermeister in ihrem Streik unterliegen seien. Diese Ausführungen atmen einen unverfälschten gewerkschaftsfeindlichen Geist; sie dürften vor allem auch diejenigen sozialdemokratischen Zeitungen interessieren, die auch heute noch Reklamotizen der Rabattsparvereiner in ihrem lokalen Teil veröffentlichen. Obendrein enthält die Notiz der Rabattsparvereinszeitung auch noch eine Unwahrheit, denn der Stettiner Rabattsparverein hat nicht, wie hier mitgeteilt wird, das Aushängen eines Plakats, sondern die Bewilligung der Forderung der streikenden Bäckermeister verboten. Die Bundesgenossenschaft zwischen Bäckermeistern und Rabattsparvereinen, die von der Rabattsparvereinszeitung so sehr gerühmt wird, dürfte den Arbeitern in mehr als einer Hinsicht zu denken geben.

k. k.

Aus der Reichsversicherungs-kommission.

XII.

In der weiteren Beratung der Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung wurden nur verhältnismäßig unbedeutende Veränderungen vorgenommen. Hervorzuheben ist der Beschluß, der sich auf die Zusammensetzung des Vorstandes der Versicherungsanstalten bezieht. Der Vorstand besteht aus einer gleichen Anzahl von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeiter. Außerdem stellt die Kommunalverwaltung die leitenden Beamten an und diese gehören ebenfalls zum Vorstand. Hieraus hat sich ergeben, daß in einer ganzen Reihe von Versicherungsanstalten die Zahl der Beamten größer ist als die Zahl der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter zusammen. Demgemäß hatten die Beamten ihrer Zahl nach das Übergewicht in dem Vorstande, so daß aus diesem Grunde die Beamtenwirtschaft sich ganz unbegrenzt entfalten konnte.

Die Sozialdemokraten forderten, daß unter keinen Umständen eine so große Zahl von Beamten im Vorstande das Stimmrecht ausüben sollte. Außerdem forderten sie selbstverständlich die Anstellung der Beamten durch den Vorstand selbst. Der letzte Antrag wurde von den anderen Parteien ohne weiteres abgelehnt. Dagegen hatte der erste Antrag den Beschluß zur Folge, daß an der Abstimmung im Vorstande niemals mehr als die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter zusammen teilnehmen dürfen. Ist die Zahl der beamteten Mitglieder im Vorstande größer als die Zahl der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter, so scheiden bei der Beschlußfassung soviel beamtete Mitglieder aus, daß die nichtbeamteten Mitglieder in der Mehrzahl sind.

Bezüglich des Erwerbes, der Veräußerung oder Belastung von Grundstücken im Werte von mehr als 1000 Mk. soll nach dem Entwurf die Versicherungsanstalt durch den Vorstand und den Ausschuß vertreten werden. Um Schädigungen durch dieses umständliche Verfahren zu vermeiden, fügte die Kommission hinzu, daß der Vorstand allein die Versicherungsanstalt vertreten kann, soweit es sich um die Erwerbung solcher Grundstücke handelt, die von der Anstalt beiliegen worden sind und im Zwangsverfahren erworben werden müssen.

Bei der Festsetzung der Invaliden- und Hinterbliebenenrenten bemüht sich die Sozialdemokratie, eine Erhöhung durchzusetzen. Sie hatten in erster Linie sich bemüht, die Leistungen zu verdoppeln

die für die Sanierung der Kassen zur ferneren Sicherstellung unseres Verbandes maßgebend waren. Da eine weitere Beitragserhöhung unter den bestehenden wirtschaftlichen Verhältnissen unmöglich gewesen sei, so hätte man den Weg der Kürzung der Unterstützungssätze wählen müssen, der jedenfalls auch der bessere sei. Durch reichhaltiges Zahlenmaterial wurde der Nachweis geführt, warum Kranken-, Invaliden- und Witwenunterstützung in besseren Einklang mit der Beitragseinnahme gebracht werden mußten. Kollege Reiß ging dann auf den Abschluß des Streiks über. Rechtzeitig habe er die Direktion von dem drohenden Unwetter verständigt. Der langangehaltene Unwille mußte endlich zum Durchbruch kommen, um zu einer wirklichen Gesundung der Verhältnisse zu führen. Unverantwortliche Faktoren, die die Direktion einseitig berichtet und hinter Licht geführt haben, seien die Ursache zum Zustand gewesen, der in so anerkannter Weise durch die Beteiligten geführt wurde und der für die gesamte graphische Arbeiterschaft in Würzburg Bedeutung hat. Das Verhalten der Polizei und der »Arbeitswilligen-Kaiser, Precht, Stürmer, Siedler und des Lehrersohnes Wolf konnte den einmal begonnenen Kampf nicht zum Abbruch bringen, sondern befestigte nur den Kampfesmut. Nach drei Wochen erst hatte sich die Direktion dazu bequemt, einzugestehen, daß wirklich ein Streik in der Firma bestehe. Nach wiederholten Verhandlungen wurde den Wünschen der Ausständigen Rechnung getragen und dem persönlichen Eingreifen des Herrn Kommerzienrats Stürtz war es zu danken, daß auch in der Lohnfrage eine Verständigung erzielt wurde. Für 11 Steindruckern wurden 13 Mk. und für 8 Lithographen ebenfalls 13 Mk. Zulagen bewilligt und das Versprechen gegeben, daß die übrigen Kollegen bei günstigerem Geschäftsgang bedacht werden sollen. Unter diesen Umständen wurde der Streik mit Majorität als beendet erklärt. Nicht aus Mutwillen sei der Streik entstanden, sondern aus dem unerbittlichen Zwang der Ehre und der Selbsterhaltung. Die Schmarotzerarbeit demoralisierter Kräfte, die sich so schön dabei gezeigt habe, würde ihres Judaslohnes bald teilhaftig werden. Den mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen folgte eine anregende Diskussion. In seinem Schlußwort betonte Kollege Reiß noch, daß sich alle Kollegen an der Einigkeit und Geschlossenheit ein Beispiel nehmen könnten, denn nur diese könne zum Ziele führen. Eine Ironie sei es, wenn so kurz nach erfolgtem Abschluß sondiert werde zwecks Wiederaufnahme in den Verband. In unseren Reihen ist Platz für jeden ehrlichen Kollegen und solche sind uns stets willkommen; wer aber das Omen des Arbeiterverrats auf sich läd, der muß auch die Konsequenzen tragen und seine Tat sühnen. Für uns gelte es nun, den klassischen Boden, auf dem wir uns befinden, weiter zu beackern, damit er gute Früchte trage. Würzburg sei der Gründungsort der ersten Zentralorganisation unseres Berufes, hier müsse die Devise lauten: »Vorwärts immer, rückwärts nimmer!«

Der Lithograph

Redigiert von Fr. Schnetter, Hannover.

Brief aus New York.

Kollegen! In der Unionsversammlung vom 19. September d. J. wurde nach eingehender Diskussion über die augenblicklichen und schon seit ca. 8 Wochen bestehenden drückenden Verhältnisse unseres Berufs einstimmig folgender Antrag angenommen:

»Infolge großer Arbeitslosigkeit unter den hiesigen Lithographen werden die deutschen Kollegen vor Zug nach den Vereinigten Staaten gewarnt.«

Zur weiteren Erklärung fügen wir hinzu, daß die Zahl der organisierten Arbeitslosen in New York augenblicklich schon 35 beträgt. Hierzu kommen noch die nicht der Union angehörenden Kollegen, die in den Arbeitsnachweis der Fabrikanten eingetragen sind und die ungefähr die gleiche Zahl erreichen dürften. Die Zuwanderung deutscher Kollegen nimmt trotzdem nicht ab; Folgen recht betrüblicher Art sind daher nicht ausgeschlossen. Die meisten der in den letzten Wochen und Monaten herübergekommenen Kollegen wurden schwer enttäuscht und laufen arbeitslos umher. Ein Kollege aus Hamburg hat sofort wieder die Rückreise angetreten. Im Hinblick hierauf bitten wir die deutschen Kollegen, diese Warnung vor der Auswanderung nach Amerika zur Kenntnis zu nehmen und zu beachten.

Mit kollegialem Gruß

International Union of Lithographic Workmen.

Der Steindrucker

Teil für die Interessen der Stein-, Zink-, Aluminium- und Notendrucker.

Von der

Gummidruck-Rotationsmaschine.

Es ist unleugbar, daß sich die größte technische Umwälzung, die unser Beruf seit langer Zeit erlebt

hat, an die Erfindung und Einführung der Gummidruck-Rotationsmaschine knüpfen wird. Daß uns die Einführung der Maschinen nicht erspart bleibt, daß sie von den Unternehmern sogar nach Kräften gefördert wird, ist heute für jedermann klar. Die deutsche Maschinenindustrie hat sich der Erfindung bereits bemächtigt, sie wird auch für einen Markt für ihre Produkte zu sorgen suchen. Die Konkurrenz der Maschinenfabriken wird zudem eine ständige Verbesserung der Maschinen zeitigen, so daß die Leistungen der gegenwärtig auf dem Markt befindlichen Maschinen bald in den Schatten gestellt sein dürften. Diese ständige Verbesserung läßt den Anreiz zur Einstellung der Maschinen bei den Steindruckereibesitzern immer stärker werden.

Wir brauchen also die Frage nur zu berühren, um zu sehen, daß von zwei Seiten Kräfte am Werke sind, die alles daran setzen, uns die neuen eisernen Kollegen recht zahlreich aufzubürden. Trotzdem — das muß leider gesagt werden — war das Verhalten der Kollegen gegenüber dieser gewaltigen technischen Neuerung bis jetzt recht saumselig. Kollege Mühlberger hatte gar nicht unrecht, als er auf der Steindruckerkonferenz in Hamburg sagte, die reichsdeutschen Kollegen »hätten den Zeitpunkt für die Regelung der Verhältnisse an den Rotationsmaschinen etwas verpaßt«. Kaum daß in unserer Presse über die neuen Maschinen und ihre Bedeutung für die Arbeiter und die Arbeitsverhältnisse etwas zu lesen gewesen ist. Die Redaktionsartikel in Nr. 27 des vorigen und in Nr. 20 des laufenden Jahrgangs der »Graph. Presse« sowie der Artikel des Kollegen —II— in Nr. 13 dieses Jahrgangs unseres Organs, die sämtlich im Steindruckerteil erschienen sind, blieben fast ganz unbeachtet. Nur im Lithographenteil der Nummern 25, 28, 29 und 30 erschien dann noch eine größere Äußerung über die wichtige Sache, in der das Interesse der Lithographen an der Einführung der Maschine beleuchtet wurde. Die Steindruckerkonferenz scheint die Frage aber nun doch in Fluß gebracht zu haben. Sie hat, wie aus dem bisher erschienenen Bericht zu entnehmen ist, eingehend über die Folgen der Einführung der neuen Pressen diskutiert und die im Zusammenhang damit zu stellenden Forderungen formuliert.

Mit Recht fordern die Steindruckerkollegen Lohn- und Arbeitszeitverkürzung; auch eine Verminderung der Lehrlingszahl wurde in Erwähnung gezogen. Das sind wichtige Forderungen, die kaum einer ernsthafteren Begründung bedürfen. Von gleicher, vielleicht größerer Wichtigkeit erscheint jedoch das strikte Verbot jeder Akkord- oder Prämienarbeit an der Rotationsmaschine.

Das Bestreben der Unternehmer, das Akkordlohn- oder das Prämiensystem einzuführen, ist bei der Einstellung neuer Arbeitsmittel besonders lebendig; denn es gibt kein besseres Mittel, die Höchstleistung einer Maschine und der menschlichen Arbeitskraft, die zur Bedienung der Maschine notwendig ist, festzustellen, als diese Entlohnungssysteme. Und an dieser Feststellung hat natürlich jeder Unternehmer das denkbar größte Interesse. Allerdings geben die Maschinenfabriken ihren Produkten eine Zensur mit auf den Weg, in der ihre Leistungsfähigkeit verzeichnet steht. In den meisten Fällen werden diese Angaben aber nicht stimmen; die genaue Grenze der Leistungsfähigkeit läßt sich eben erst in der Praxis feststellen.

Dazu kommt, daß die Arbeiter anfangs mit der neuen Maschine nicht recht umzugehen wissen, was ebenfalls zur Folge hat, daß mit der Maschine weniger geleistet wird als möglich ist. Die Arbeiter müssen daher gezwungen werden, sich möglichst schnell einzuarbeiten. Auch dazu sind die genannten Entlohnungssysteme gute Mittel.

Der Akkordlohn, den der Unternehmer in solchen Fällen zunächst einführt, wird ungefähr dem an der alten Presse erzielten Verdienst entsprechen. Damit muß der tüchtige Arbeiter natürlich an der schneller laufenden neuen Maschine ein »Heidengeld« verdienen. Das wird sich noch steigern, wenn der Arbeiter durch ein Prämiensystem zur völligen Auspumpung seiner Arbeitskraft angetrieben wird. Die Folge ist — das ist eine alte Erfahrung — die Herabsetzung des Akkordlohnes. Nun wird sich der Arbeiter bemühen, abermals mehr zu leisten, um einen allzu großen Verdienstausschlag hintanzuhalten. Der Dank des Unternehmers ist die weitere Akkordlohnkürzung, die den Arbeiter zu erneuter Kräfteanspannung zwingt. Und so wird die Schraube gedreht, bis sich endlich die Leistungen des Arbeiters nicht mehr steigern lassen. Das noble Verfahren erinnert mich immer an die bekannten Daumenschrauben, jener fein ausgeklügelten Instrumente, die in den Folterkammern des Mittelalters zur Anwendung kamen. Auch sie wurden so lange angezogen, bis dem armen Gequälten auch der letzte Rest dessen abgepreßt war, was man von ihm haben oder wissen wollte.

Ist der Unternehmer schließlich zufrieden mit der erreichten Leistung, dann hat er in den meisten Fällen wohl auch gegen die Einführung des Wochenlohnes nichts einzuwenden. Voraussetzung ist allerdings, daß dabei von dem zuletzt durchschnittlich erzielten Akkordlohn einige Abstriche gemacht werden. Aber wehe dem Arbeiter, der für diesen reduzierten Lohn nicht das leistet, was durch seine eigene Schuld mit Hilfe des Akkordlohnes als möglich festgestellt worden ist!

Werden alle diese Maßnahmen zur Sicherstellung eines erträglichen Arbeitsverhältnisses an der Rotationsmaschine von den Steindruckerkollegen mit der erforderlichen Energie betrieben, dann wird dadurch das Tempo der Einführung der Rotationsmaschinen seitens der Fabrikanten eine wesentliche Verlangsamung erfahren.

Es ist wohl jedem klar, daß das Unternehmertum neue Arbeitsmittel niemals einführt, um technischen Neuerungen zum Siege zu verhelfen, sondern immer nur, um die Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen und den Profit zu erhöhen. Wird aber die Vermehrung des Profites dadurch gefährdet, daß die Arbeiter sich nicht nur kürzere Zeit zur Mehrwertschöpfung zur Verfügung stellen, sondern auch während dieser kurzen Zeit mit ihrer Arbeitskraft weise haushalten, und außerdem einen größeren Teil des erzeugten Mehrwertes für sich beanspruchen, dann vermindert sich der Anreiz zur Einstellung der neuen teureren Arbeitsmittel ganz beträchtlich.

Das ist ganz besonders dann der Fall, wenn die neuen Arbeitsmittel in so kostspieligen Maschinen bestehen, wie es die Gummidruck-Rotationsmaschinen sind. Nach einem von Marx festgestellten ökonomischen Gesetz muß jede wesentliche Erhöhung des in einem Betriebe in Arbeitsmitteln angelegten Kapitals im Verhältnis zu dem für Arbeitslöhne verausgabten Kapital — ein solcher Fall ist aber die Einführung unserer neuen Maschinen — eine allmähliche Senkung der Profitrate mit sich bringen. Dieser Senkung sucht der Unternehmer stets entgegenzuarbeiten durch verschärfte Ausbeutung. Diesen Versuch gilt es von vornherein zurückzuweisen. Gelingt das, dann können wir sicher sein, daß sich gar mancher Unternehmer die Aufstellung der Rotationsmaschine überlegen wird.

Die Kraft zur Lösung dieser Aufgabe besitzt die organisierte Kollegenschaft in volstem Maße. Dann aber sind die Hoffnungen, die nach den schon genannten Artikeln im Lithographenteil der Lithographen an die Einführung der Maschinen sollen knüpfen dürfen, wohl etwas vorzeitig. Auch in diesen Artikeln wird allerdings an einer Stelle gesagt, daß die Rotationsmaschinen nur langsam die Flachdruckmaschine verdrängen werden. Damit wird es wohl, wenn sich die Kollegen pflichtgemäß verhalten, seine Richtigkeit haben. Darum erscheinen die Prophezeiungen von einem bevorstehenden gewaltigen Aufschwung besonders der Merkantillithographie, der nach anderen Stellen der Artikel der neuen Erfindung zu danken sein soll, übertrieben. Allerdings soll man den Kollegen die Berufsverhältnisse nicht schwärzer malen als sie sind; aber man sollte sich noch mehr hüten, Illusionen zu erwecken. Auf keinen Fall erreicht man damit die Vermehrung des gewerkchaftlichen Eifers der Kollegen, was die Hauptabsicht der Artikel zu sein scheint, sondern eher das Gegenteil.

Diese Prophezeiung ist auch noch aus einem anderen Grunde deplaziert. Sie stützt sich darauf, daß mit Hilfe der neuen Rotationsmaschine, die schneller läuft als die Buchdruckpressen, dem Buchdruck ein Teil seiner Akkordaufträge durch die Lithographie abgenommen werden könnte. Der Gedanke ist nun keineswegs neu; wir finden ihn bereits in dem Artikel des Kollegen —II— im Steindruckerteil der No. 13 der »Graph. Presse«. An diesen Gedanken knüpft Kollege —II— dort den folgenden Schluß: »Die unausbleibliche Folge wird sein, daß in vielen Buchdruckereien ebenfalls die Harris-Pressen aufgestellt werden.« Der Satzdruck auf die in der Rotationspresse zur Verwendung kommende Zinkplatte, der sich dann nötig machen würde, sei, wie im genannten Artikel weiter gesagt wird, eine sehr einfache und — infolge der damit verbundenen geringen Abnutzung des Schriftmaterials — eine sehr profitable Sache. Wenn dem so ist — und es gibt keinen Grund, daran zu zweifeln —, dann wäre nicht einzusehen, warum die Buchdruckereibesitzer zuschauen sollten, wie ihnen die Lithographie das Feld streitig macht, anstatt selbst zur Aufstellung von Gummidruck-Rotationsmaschinen zu schreiten. Jedenfalls werden sie sich für das letztere entscheiden. Das würde aber nicht für Lithographen, wohl aber für die Steindrucker eine Vermehrung der Arbeitsgelegenheit im Oefolge haben.

Aber noch eine andere Folge dürfte die Erfindung der neuen Pressen für das Steindruckergewerbe haben, die wir nicht übersehen dürfen. Es ist klar, daß sich nur kapitalkräftige Unternehmer die Aufstellung der teuren Maschinen leisten können. Damit entsteht den Besitzern kleiner und mittlerer Steindruckereien eine Konkurrenz, gegen die sie nicht mehr aufkommen, an der sie zugrunde gehen werden. Die Folge ist Verminderung der Zahl der Betriebe, Ueberwiegen der Fabriken größten Umfanges, größere Geschlossenheit der Unternehmerorganisation und schroffere Haltung gegenüber den Arbeiterforderungen, wie ich unter der Ueberschrift: »Eine Lücke in unserer Berufsstatistik« in No. 26 des laufenden Jahrgangs unseres Blattes nachzuweisen suchte. Ich darf wohl in diesem Zusammenhang auf jenen Artikel verweisen. Und ich möchte auch an den Wunsch erinnern, der an die damaligen Ausführungen geknüpft wurde: Die Verbandsleitung möge den Grad der Entwicklung der Kapitalkonzentration in unserem Beruf nebst einigen anderen Erscheinungen statistisch untersuchen. R. S. B.

Die Tapetenbranche.

Teil für die Interessen der Formstecher, Tapeten-, Linoleum-, Wachstuch-, Zeug- und Seidendrucker.
Arbeitsnachweisleiter: C. Schubart, Berlin N. 20,
Badstraße 26.

Die Organisation der Tapetendrucker.

Unter den Tapeten-, Wachstuch- und Linoleumdrukern haben sich in den letzten Wochen Bestrebungen bemerkbar gemacht, die auf Versuche zur Bildung einer eigenen Organisation hinauslaufen. Besonders soll in Berlin und in einigen sächsischen Orten eine lebhaft Agitation für einen besonderen Verband dieser Berufsgruppen entfaltet worden sein mit dem Erfolg, daß die Mehrheit der Mitglieder der Berliner Tapetendruckerfiliale ihre Beitragsleistung zu unserer Organisation einstellte, daß ferner kürzlich die Vorstandsmitglieder der Berliner Filiale und die Mitglieder der Zentralkommission der Tapetendrucker ihre Ämter niederlegten und daß endlich in einigen sächsischen Orten bereits Beiträge für einen eigenen Verband geleistet werden sollen.

Die Strömung ist wohl in erster Linie auf eine gewisse Verdrossenheit zurückzuführen, die sich während und nach der Hamburger Generalversammlung unserer Organisation wegen der Ablehnung aller Anträge auf Staffelung der Beiträge in den Reihen der Tapetendrucker bemerkbar machte. Auf die Gründe zur Ablehnung der Beitragsstaffelung hier nochmals einzugehen erübrigt sich. Es genügt festzustellen, daß die Generalversammlung nach reiflicher Prüfung der Frage mit überwältigender Mehrheit zu ihrem ablehnenden Beschlusse kam, mit dem sich jedes Verbandsmitglied abfinden muß, auch wenn es nicht damit einverstanden ist. Was man in den Reihen der Befürworter der Staffelbeiträge von letzteren erhofft hatte, hätte man nach ihrer Ablehnung durch um so regere und intensivere Werbe- und Aufklärungsarbeit zu erreichen versuchen müssen. Eine in diesem Sinne gehaltene Parole wurde auch für die Photographen, die ja auch zum großen Teil zu den Befürwortern der Beitragsstaffelung gehörten, unmittelbar nach der Generalversammlung herausgegeben. Im Gegensatz hierzu wurden in die Reihen der Tapetendrucker die Bestrebungen zur Absonderung getragen, zu denen jedenfalls auf der Hannoverischen Tapetendruckerkonferenz, die kurz vor der Generalversammlung stattfand, der Grund gelegt worden ist.

Nun müssen sich doch aber die Tapetendruckerkollegen, besonders die leitenden Personen unter ihnen, vollständig darüber klar sein, daß eine eigene Organisation, auch wenn sie das Vielfache der Zahl der jetzt organisierten Kollegen zu gewinnen vermöchte, was aber noch lange nicht zu erhoffen ist, nur schwach und damit nach innen und außen wenig leistungsfähig sein kann. Ob sie unter diesen Umständen die Gewonnenen auch zu halten und zu tüchtigen Gewerkschaftern zu erziehen vermag, ist schwerlich anzunehmen. Jedenfalls handelt es sich bei einer solchen Neugründung um einen sehr gewagten Versuch. Zu derartigen Experimenten fehlt es aber der Arbeiterschaft in dieser Zeit der hochgespannten Wirtschaftskämpfe wirklich an Zeit und Kraft. Sie führen höchstens zur Desorganisation und leiten damit nur Wasser auf die Mühlen der Unternehmer. Statt eine kräftige Tapetendruckerorganisation zu schaffen, werden die Reihen der bereits organisierten Tapetendrucker nur noch mehr zersplittert und schließlich die in unserem und im Fabrikarbeiterverband bereits bestehenden Tapetendruckergruppen auch noch auseinandergesprengt werden. Und die Unternehmer sind dann die lachenden Dritten. Die Tapetendrucker können nur gestützt auf einen großen und starken Verband fähig werden, dem Unternehmertum menschenwürdige Lohn- und Arbeitsbedingungen abzuringen.

Auf diesen Standpunkt stellte sich auch eine Konferenz, die am 18. Oktober zur Beratung der Frage der Tapetendruckerorganisation in Berlin zusammentrat und an der Vorstandsvertreter unseres und des Fabrikarbeiterverbandes, mehrere Tapetendruckerkollegen und eine Vertretung der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften beteiligt waren. Diese Besprechung ist zurückzuführen auf einen Beschluß der Hannoverischen Tapetendruckerkonferenz vom 21. August d. J., nach welchem zwischen den Zentralvorständen unserer Organisation und des Fabrikarbeiterverbandes erneute Verhandlungen stattfinden sollten, um die Grenzstreitigkeiten zwischen beiden Verbänden zu beseitigen. Die Besprechung führte zu dem Resultat, daß ein neuer Tapetendruckerverband weder durch die beteiligten Verbände noch durch die General-

kommission anerkannt werden könne. Er würde also ganz auf eigenen Füßen stehen müssen und könnte sich in keiner Beziehung auf die deutsche Gewerkschaftsbewegung stützen. Ueber die Frage, in welchem der beiden Verbände, die bisher Tapetendrucker als Mitglieder aufgenommen haben, in Zukunft die Tapetendrucker zu organisieren sind, sollen letztere selbst in Versammlungen zur Entscheidung aufgerufen werden. Dadurch sollen die Grenzstreitigkeiten und die Organisationszersplitterung endlich einmal aus der Welt geschafft werden.

Wir wollen die Entscheidung der Tapetendrucker selbst in keiner Weise beeinflussen und enthalten uns daher jedes Kommentars zu diesem Ergebnis der Besprechung vom 18. Oktober. Nur das möchten wir noch sagen: Möge sich die Mehrheit der Versammlungsteilnehmer wie die Leipziger Tapetendruckerkonferenz im Jahre 1907 für unseren Verband entscheiden oder im Gegensatz zum Leipziger Konferenzbeschlusse für den Fabrikarbeiterverband, so wird der geschlossene Anschluß an eine dieser beiden Organisationen unbedingt die Tapetendrucker bei eifrigster Werbearbeit stark und widerstandsfähig machen, während die gesonderte Organisationspielerei diese Berufsgruppen nur zur Bedeutungslosigkeit und Ohnmacht verdammen wird. Das möge man allerseits beachten!

Zur Bewegung der Formstecher.

Nur wenige Tage trennen uns noch vom 1. November, an welchem für die Mehrzahl der deutschen Kollegen neue Bestimmungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen in Kraft treten. Wie bekannt, führten die Verhandlungen, die am 2. Februar 1910 zwischen den Vertretern der Prinzipals-Organisation und unseres Verbandes stattgefunden haben, zu folgenden Vereinbarungen:

1. Vom 1. April d. J. wurde die im allgemeinen noch bestehende 9 $\frac{1}{2}$ stündige Arbeitszeit um eine Viertelstunde verkürzt, unter Fortzahlung des bis dahin bestandenen Lohnes. 2. Am 1. November d. J. findet eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit um eine Viertelstunde statt, so daß die 9 stündige Arbeitszeit ohne Kürzung des bis dahin gezahlten Lohnes eingeführt ist. 3. Für sämtliche Formstecher tritt eine Lohnerhöhung von 5 Prozent ein. 4. Der Mindestlohn für Ausgelernte beträgt im 1. Jahre nach der Lehre 1950 Mk. 5. Für Ueberstunden werden 20 Prozent Zuschlag gezahlt und zwar derart, daß an den ersten 5 Tagen die zehnte Stunde ohne Zuschlag gearbeitet wird, während alle weiteren Ueberstunden mit 20 Prozent Zuschlag entschädigt werden.

Für die Annahme dieser Vereinbarungen erklärten die beiderseitigen Vertreter unbedingt eintreten zu wollen. Für die Vertreter der Gehilfenschaft bedurfte es der Anwendung aller Kräfte, um die Kollegen für die Annahme der Abmachungen zu gewinnen, war doch die Mehrzahl der Kollegen in ihren Hoffnungen getäuscht, da bestimmt gehofft wurde, daß bei den Verhandlungen bedeutend mehr herauskommen würde. Aber nachdem die Gründe für und wider genügend erörtert waren, haben sich die Kollegen einmütig die Abmachungen ihrer Vertreter zu eigen gemacht. Desgleichen hat die im August in Hamburg abgehaltene Konferenz der Formstecher Deutschlands einstimmig die Vereinbarungen akzeptiert. Gleichzeitig hat die Konferenz aber einmütig zum Ausdruck gebracht, daß in allen Formstechereien, in denen die Vereinbarungen nicht voll und ganz zur Durchführung gelangen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln vorgegangen werden soll. Wegen der Ueberstundenfrage hat dann noch eine Aussprache zwischen den Vertretern der Prinzipale und Unterzeichnetem stattgefunden, bei der folgender Nachtrag zu den Vereinbarungen angenommen wurde:

Die Bestimmungen über die Regelung der Ueberstunden treten mit dem 1. April 1910 in Kraft. Es wird darauf hingewiesen, daß es unzweckmäßig erscheint, die Gehilfen nur zu den 5 Ueberstunden, welche ohne Aufschlag zu machen sind, heranzuziehen, sondern empfehlenswert ist, anstatt dessen 2 Stunden einzulegen, damit auch ein Nutzen für die Gehilfen damit verknüpft ist. Dabei ist zu bemerken, daß freiwillige Arbeitsversäumnisse bei der Berechnung der Ueberstunden ausgeschlossen werden. Hier von ausgenommen sind natürlich alle diejenigen Fälle, welche die Gewerbe-Ordnung als genügend entschuldigt bezeichnet hat, z. B. nachweisbare Krankheit der Person oder seiner Familie, Wahrnehmung von Amtshandlungen, Kontrollversammlungen usw. Eine Verweigerung der Ueberstunden darf nicht stattfinden.

gez. C. Schubart. gez. E. Woelke.
Die im August in Brüssel abgehaltene Generalversammlung der Prinzipale hat nach Rücksprache mit der Vertretung unseres Verbandes beschlossen, daß ab 1. November auch der Arbeitsnachweis der Gehilfen anerkannt und auf paritätischer Grundlage weitergeführt werden soll. Das Reglement des Arbeitsnachweises wird in einer der nächsten Nummern der „Or. Presse“ bekanntgegeben. Ferner wurde daselbst eine Verständigung dahingehend getroffen, daß an den Sonnabenden vor den drei hohen Festen anstatt 9 nur 8 Stunden gearbeitet wird unter Bezahlung von 9 Stunden.

Kollegen, aus Vorstehendem ist klar und deutlich ersichtlich, wie die Vertreter unserer Organisation stets bemüht waren, für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen aller Formstecher einzutreten. Wenn ferner in Betracht gezogen wird, daß die getroffenen Vereinbarungen Giltigkeit bis zum 30. September 1912 haben und daß bereits im Sommer 1913 die Vertreter beider Organisationen zur weiteren Regelung der Lohnfrage von neuem zusammentreten, müssen sich alle Kollegen über die unbedingte Notwendigkeit der Organisation klar werden. Nur dadurch lassen sich weitere Fortschritte erzielen, die doch im Interesse aller Kollegen liegen, also auch derjenigen, die heute aus irgend einem egoistischen Grunde unserer Organisation noch fernstehen. Die Hauptsache ist, daß hinter den Vertretern der Gehilfenschaft, die mit den Prinzipalen verhandeln, die geschlossene Gesamtheit der Kollegen steht. Darum muß es die vornehmste Pflicht jedes Einzelnen sein, dafür zu sorgen, daß alle fernstehenden Kollegen dem Verbandszugeführt werden, denn dann ist die beste Gewähr gegeben, daß bei den nächsten Verhandlungen ein weiterer Schritt zur Verbesserung unserer Lebenshaltung getan wird im Interesse der gesamten Kollegenschaft.

Nachfolgend wollen wir noch diejenigen Firmen bekannt geben, die dem Verbandsdeutscher Formstechereibesitzer angehören und für die der Vorstand des Verbandes die Vereinbarungen schriftlich anerkannt hat: L. Siegmund und K. Kehlner, Braunschweig; Chr. Schepp, Darmstadt; Schlick & Co., Griesheim; E. Woelke & Co., Harburg; Rüttgers & Co., Kellestadt; P. Hippinger, Köln; Löhnicker, Leipzig; F. Schreier und Engelmann & Lampe, Hildesheim; Boese, Nordhausen; Wahler und Friedrich & Co., Radebeul; Klau & Häntsch, Adlershof; Saalfeld, Einbeck; Alf. Voerkel, Eilenburg; Otto Peters, Berlin. — Ferner haben noch folgende Firmen die Vereinbarungen durch Unterschrift anerkannt: C. Jäck, Berlin; H. Heidrich und R. Höhne, Leipzig; W. Lucke, Lüneburg; Jentzsch & Egger, Dessau; Jos. Sackmann, Moritzberg; E. Kulich, Harburg; L. Weber, Bramsche; W. Mathias, Dresden; Schäffer & Dreßler, Bonn; C. Oschmann und A. Küncke, Hannover; Hippinger & Börsch und Gebr. Kesper, Crefeld; J. Wartmann, Altona; A. Zeitz, Einbeck; P. Schüler, Griesheim; R. Mathias und Bräunig & Weber, Eilenburg; Höppner & Oehler, Greiz. Außerdem wurden mit einem Teil größerer Fabriken besondere Abmachungen getroffen.

Hauptaufgabe der Kollegen ist es nun, dafür zu sorgen, daß bei allen Firmen der Vertrag eingeführt wird und daß dann die Vereinbarungen auch so gehalten werden, wie sie beschlossen wurden. Nur so wird den Kollegen ein Nutzen daraus erwachsen.

C. Schubart.

Die sterbende Tiag.

Die Tapetenindustrie ist heute weniger denn je aus den Kalamitäten heraus, in denen sie seit Jahren steckt. Die »Tiag« hat die Hoffnungen, die auf sie gesetzt wurden, am allerwenigsten erfüllt. Wenn man damals meinte, durch die Beendigung des Kampfes zwischen der alten »Tiag« und dem »Vereine deutscher Tapetenfabrikanten« endlich die so lange schon ersehnte »gute Zeit« herangeholt zu haben, so hat man sich bitter getäuscht. Die 1909 gering und nicht beachtenswert erscheinende Anzahl kleinerer Fabriken, die bei der Schaffung der neuen »Tiag« außerhalb der Vereinigung blieben, haben sich schon längst, durch Zufluß noch verstärkt, zu Achtung gebietenden Außenseitern der Tapetenindustrie-Aktien-Gesellschaft entwickelt. Die finanzielle Seite der Tiagfrage ist außerordentlich windig; schon bei der Gründung mußte das Kapital verächtlich verwässert werden. In der jüngsten Abrechnung stehen allein 1280000 Mk. als Werte für »Walzen und Formen«; in besseren Zeiten der Tapetenindustrie kannte man solche Posten überhaupt nicht, weil man damals noch zugab, daß vorjährige Walzen und Formen nichts mehr wert waren, sobald die neuen Muster herauskamen. Heute schleppt die »Tiag« für fast 1,3 Millionen Mark solche alten Walzen und Formen als »Werte« in ihrer Bilanz mit. Die »Tiag« meldet des weiteren auch für rund 4 Millionen Mark Bestände und eine Bankschuld von 4,3 Millionen Mark.

Einem Betrieb der Tiag, der Aktien-Gesellschaft für Tapetenfabrikation in Nordhausen, ist überdies bereits die Luft ausgegangen. In der zweiten Hälfte des Juli war schon die Frage, ob es nicht klüger sei, den Betrieb ganz einzupacken, Gegenstand der Erwägung innerhalb der Leitung dieses Unternehmens.

Wichtiger erscheint dabei noch, daß die Tapetenfabrik »Hansa« Iven & Co., die eine treibende Kraft bei der Tiagbildung gewesen ist und im wesentlichen unter englischem Einfluß steht, jetzt von der »Tiag« abgestoßen werden soll. Die Verwaltung teilt dem »Berl. Tageblatt« über die Beweggründe, die sie zu dieser Abstößung veranlaßt haben sollen, folgendes mit: »Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Werke der vormaligen Firma Hansa, Iven & Co. sich nicht gut dem Rahmen unserer Gesellschaft anpassen ließen, und daß es nicht möglich war, dieser Abteilung innerhalb unserer Gesellschaft die der Größe des Werks entsprechende Beschäftigung zu verschaffen. Aus diesem Grunde haben wir im Wege gültlicher Ver-

